

ITALIEN

CAROLINE KANTER
SILKE SCHMITT

15. Mai 2018

www.kas.de/italien**Ganz nah und doch so fern!**

FÜNF-STERNE-BEWEGUNG UND LEGA VERHANDELN WEITER

Gespannt schauten die Italiener am Montagabend zum Quirinal, dem Sitz des italienischen Staatspräsidenten, Sergio Mattarella. Die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega wollten ihr Regierungsprogramm vorstellen und den Namen eines Premierministers vorschlagen. Daraus wurde nichts. Beide haben den italienischen Staatspräsidenten um mehr Zeit gebeten. Während die beiden politischen Kräfte vor dem Wochenende vor allem die Gemeinsamkeiten betonten und suggerierten kurz vor einem Abschluss zu stehen, war nun von Differenzen die Rede.

Seit mehr als 70 Tagen ringt Italien um eine neue Regierung. Es handelt sich bislang um die zweitlängsten Verhandlungen in der Geschichte der italienischen Republik: Nur der ehemalige Premierminister Giuliano Amato suchte 1992 mit 83 Tagen noch länger nach einer Lösung.

Der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella bewahrt die Ruhe. Er habe, so berichten die italienischen Medien, bei den beiden politischen Kräften einen konstruktiven Willen feststellen können. Daher gewährt er weiter Zeit, um über den Koalitionsvertrag und die fehlenden – offensichtlich entscheidenden Punkte – zu diskutieren. Wie lange es noch dauern wird, bis eine Einigung gefunden ist, bleibt derzeit offen.

Differenzen müssen diskutiert werden

Öffentlich verweisen beide Parteien auf inhaltliche Gründe: Große Distanz vor allem bei dem Thema Justiz, aber auch bei den Themen Europa, Sicherheit, Infrastruktur und Migration. Am Sonntag hatte man noch

versichert, dass man sehr nah an einem einvernehmlichen Programm und kurz vor dem Verhandlungsabschluss sei. Neue Akzente möchten die politischen Kräfte mit der Einrichtung von zwei neuen Ministerien setzen: „Ministerium für Öffentliche Verwaltung und Entbürokratisierung“ sowie ein „Ministerium für Menschen mit Behinderung“.

Als Matteo Salvini am Abend vor die Kameras tritt, macht er deutlich, es gäbe weiter Gesprächsbedarf. Er kündigte an, die Lega wolle beim Thema Flüchtlinge „freie Hand“: „Ich weigere mich, an einen weiteren Sommer und Herbst im Zeichen des ‚Illegalen-Immigration-Business‘ zu denken“, so Salvini, der scheinbar in den Wahlkampfmodus und zur Mobilisierung der Wähler zurückgekehrt ist. „Wir strengen uns gerade wahn-sinnig an“, so Salvini. Eine stabile Regierung für Italien zu finden sei nicht einfach, weil man aus ganz unterschiedlichen Richtungen aufeinander zugehe, so Salvini weiter. Man wolle weder den Staatspräsidenten noch die Wähler „auf den Arm nehmen“. Man habe unterschiedliche „Ideen“ zur Zukunft Italiens. Die Lega habe das Ziel, zentrale Punkte die im Wahlkampf versprochen wurden – etwa die Abschaffung der Rentenreform „Fornero“, die Einführung des Gesetzes zur „legitimen Verteidigung des Bürgers“, die Frage der Migration und die Steuererleichterungen für Unternehmen – eindeutig zu klären und im Koalitionsvertrag zu verankern. Die Regierung brauche Handlungsspielraum, um zu agieren – sonst fange man mit dem Regieren erst gar nicht an, so Salvini.

Luigi Di Maio gibt sich hingegen vor der Presse etwas optimistischer und spricht von Aufbruch: Sollte diese Regierung zu Stande kommen, sei dies der Startschuss für die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

CAROLINE KANTER

SILKE SCHMITT

15. Mai 2018

www.kas.de/italien

dritte Republik, in der der Bürger einen Schritt nach vorne und der Politiker einen Schritt zurücktrete, so Di Maio. Ähnliche Worte gebrauchte er kurz nach der Wahl. Er spricht aus, was Salvini nur angedeutet hat: Man wolle die Riten der italienischen Politik modifizieren. Die angestrebte Regierung sei daher eine „Regierung der Veränderung“, so Di Maio, der sich zufrieden zeigt mit dem Klima, das die Regierungskonsultationen beherrscht. Nach „deutschem Modell“ arbeite man an den programmatischen Punkten, die beiden politischen Kräften wichtig seien. Auch Luigi Di Maio schmeichelt der Wählerbasis mit dem Versprechen, den „Kampf gegen die Korruption“ zu kämpfen und jene hinter Gitter zu bringen, die Steuern hinterziehen.

Berlusconi politisch rehabilitiert

Am Samstag wurde die Strafe des 2013 wegen Steuerbetrugs verurteilten ehemaligen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Forza Italia, Silvio Berlusconi, um ein Jahr „wegen guter Führung“ verkürzt. Berlusconi, der eigentlich nie von der politischen Bildfläche in Italien verschwunden war, kann wieder für öffentliche Ämter kandidieren. Zu spät ist es für ihn keineswegs, auch in der aktuellen Legislaturperiode, die noch gar nicht richtig angefangen hat, hat er die Möglichkeit einzusteigen. Angeblich haben sich bereits Senatoren angeboten, ihr Direktmandat abzugeben und damit in ihrem Wahlkreis den Weg für eine Neuwahl von Silvio Berlusconi in den italienischen Senat - aus dem er zuvor ausgeschlossen wurde - frei zu machen.

Gründe für die Verzögerung

Keine 48 Stunden später kommen die Konsultationen zwischen M5S und Lega ins Stocken. Berlusconi wird nun von Experten als ein möglicher Grund für die Verzögerung bei der Regierungsbildung gesehen. Salvini setzt alles daran, das Mitte-Rechts-Bündnis kompakt zu halten. Er dankte Berlusconi und Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia, FdI), dass sie dieser Regierung eine Chance gäben, ohne das Mitte-Rechts-Bündnis – das bei den Wahlen mit 37 Prozent die meisten Stimmen bekommen hatte – zu zerstören.

Aber schon kurz nachdem Salvini vor die Kameras getreten ist, berichten die Medien

über die Warnung Berlusconis, Salvini solle kapitulieren – die Fünf-Sterne seien nicht vertrauenswürdig und Regierungsverhandlungen unmöglich. Experten spekulieren, Berlusconi sei dabei, die Bedingungen, die er an die Zustimmung zu dem Regierungsexperiment M5S und Lega geknüpft habe, zu verändern. Damit setze er Salvini unter Druck. Salvini hingegen wolle sich auch mit Blick auf mögliche Neuwahlen, auf keinen Fall vom Mitte-Rechts-Bündnis trennen, auch wenn er seit den Wahlen weiter an Zustimmung im Land gewonnen hat. Berlusconi habe im Grunde viel mehr mit den Regierungsverhandlungen zu tun, als man auf den ersten Blick vermuten würde.

Andere hingegen sehen den Grund für die Verzögerung bei Staatspräsident Sergio Mattarella, der Indiskretionen zu Folge, nicht mit der Rhetorik der Lega (auch mit Blick auf Europa und das Thema Migration) einverstanden sei. Andere berichten, er habe den „Vorschlag“ für den Premierminister informell abgelehnt.

Kandidaten, Kandidaten, Kandidaten

Um mögliche Kandidaten für das Amt des Premierministers ging es im Grunde am Wochenende und Montag – zumindest in den italienischen Medien. Die politischen Kräfte hingegen bemühten sich stets darauf hinzuweisen, dass die inhaltlichen Themen im Vordergrund stünden: „Es geht um die Sache, nicht um Namen“, so Salvini.

Am späten Montagnachmittag plauderte dann der Ökonom, Giulio Sapelli, mit der italienischen Nachrichtenagentur ANSA und berichtete, dass er kontaktiert und ihm das Amt des Premierministers angeboten wurde. Sollte die Wahl auf ihn fallen, wolle er bei der Wahl des Finanzministers ein Wörtchen mitreden, so Sapelli, der damit die ganze Frage um einen Premier auf gewisse Weise ins Absurde führte:

Sein Auftritt hat zeigte, dass die politischen Kräfte dabei sind, einen Koalitionsvertrag auszuhandeln und parallel jemanden suchen, der für die vereinbarten Punkte den Kopf hinhält, ohne dass diese Person an den Verhandlungen teilnimmt. Di Maio hat dies mit dem Ausdruck „esecutore“ deutlich gemacht – ein „Ausführender“, ein „Vortragender“ – eine Art „Vollstrecker“?

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

CAROLINE KANTER

SILKE SCHMITT

15. Mai 2018

www.kas.de/italien

M5S und Lega ist es gelungen, die Riten der Regierungsbildung zu verändern und die Verfassung auf den Kopf zu stellen, ohne gegen die geltenden Gesetze zu verstoßen. Der Verfassungsrechtler Alfonso Celotto sieht hier ein Absurdum: Die italienische Verfassung sei an dieser Stelle eindeutig – der Staatspräsident benenne den Premierminister, der sein Kabinett aufstelle und dann ein Programm verabschiede. Heute geschehe das genaue Gegenteil, da das Programm und zum Großteil auch das Kabinett feststehe. Nur der Premierminister fehle, so Celotto (La Stampa, 15. Mai 2018, S.7).

Wähler sollen abstimmen

Beide politische Kräfte haben angekündigt, ihre Anhänger bzw. die Wähler über den Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen. Die Lega sagte am Montag erstmals, dass sie am kommenden Wochenende ein „Referendum“ über das Regierungsprogramm durchführen möchte, bei dem alle Wähler für oder gegen das Programm stimmen können.

M5S hatte bereits vor geraumer Zeit angekündigt, dass ihre Mitglieder auf der M5S-Internetplattform Rousseau über das Programm abstimmen können. Sie benötigt diese Rückkopplung mit den eigenen Anhängern, denn M5S hat sich in den vergangenen Wochen von vielen Wahlversprechen (bspw. keine politische Allianzen) verabschiedet und will sich der „Legitimation“ durch die Anhänger vergewissern.

Stimmung im Land

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Lega diejenige politische Kraft ist, die von der herrschenden politischen Ungewissheit in Italien profitiert und bei den Wählern an Zuspriechung gewinnt:

Die Lega liegt derzeit bei 25,5 Prozent (bei den Wahlen knapp 18 %) und verzeichnet damit seit den Wahlen am 4. März einen Zugewinn von knapp 8 Prozent.

Aber selbst mit einem solchen Ergebnis läge das Mitte-Rechts-Bündnis im Falle von Neuwahlen immer noch unter 40 Prozent. Forza Italia (FI) als auch Fratelli d'Italia (FdI) schneiden in den Umfragen schlechter ab, als am 4. März (FI 9,8%, - circa 4% und FdI 3,8%, - circa 1%). Auch M5S hat in den

letzten Tagen leicht verloren, liegt aber immer noch bei 32 Prozent.

Um eine stabile Regierung zu stellen, bräuchte man mit dem Wahlgesetz Rosatellum 2.0, mindestens 42 Prozent der Wählerstimmen. Man sieht: Neuwahlen ohne eine Änderung des Wahlgesetzes vorzunehmen, würde an der politischen Situation letztlich nicht viel ändern. Dennoch werden Neuwahlen immer wieder als Option von Lega als auch von M5S ins Spiel gebracht, sollten die Verhandlungen scheitern.

Den jüngsten Umfragen zu Folge stehen die Befragten Italiener einer Regierung der Wahlgewinner weiterhin positiv gegenüber: 45 Prozent der befragten Italiener befürworten eine Regierung aus M5S und Lega. 26 Prozent präferieren eine Technokraten Regierung und 29 Prozent wissen nicht, was sie für ihr Land möchten.

Konsequenzen für Europa

Aus europäischer Sicht handelt es sich bei der möglichen M5S-Lega-Regierung hingegen nicht um eine Wunschkonstellation. Das hat unterschiedliche Gründe: Die Lega gehört im Europäischen Parlament der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ an – die Fünf-Sterne-Bewegung der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“. Die Koalition aus M5S und Lega wäre die erste in der EU, die sich aus zwei Kräften zusammensetzt, die sich bislang eher durch euroskeptische und populistische Äußerungen, anstatt durch konstruktive Vorschläge mit Blick auf den Europäischen Integrationsprozess hervorgetan haben.

Matteo Salvini - aber auch Luigi Di Maio haben während des Wahlkampfes darauf hingewiesen, dass sie die „Europäischen Verträge“ neu verhandeln wollen. Wie realistisch dies ist, darüber lässt sich streiten. Aber man strebt zumindest eine Revision der Europäischen Verträge an und verfolgt dabei ganz klar das Ziel, nationale Interessen Italiens in den Vordergrund zu stellen – dies hat Salvini mit seinem Hinweis auf die „Drei-Prozent-Defizitgrenze“ deutlich gemacht. Daher gibt es berechtigte Zweifel, dass die neue Regierung die Stabilitäts- und Wachstumskriterien prioritär einhalten möchte. Vielmehr besteht das Risiko einer zunehmenden Staatsverschuldung und eines wachsenden Defizits für Italien, wenn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

CAROLINE KANTER

SILKE SCHMITT

15. Mai 2018

www.kas.de/italien

die Wahlversprechen umgesetzt werden sollten – und beinhaltet die Forderung Salvini nach mehr „Handlungsspielraum für die Regierung“. Einige Experten sprechen von „wirtschaftspolitischen Experimenten“, die die neue Regierung wagen könnte.

Sowohl M5S als auch Lega haben immer wieder ein Referendum über den Euro bzw. über den Verbleib in der Europäischen Union gefordert – zuletzt Beppe Grillo in einer französischen Monatszeitschrift. Für Matteo Salvini – ebenso wie für Marine Le Pen – ist der Euro die „falsche Währung“. Sie haben ihn stets kritisiert und zum Zugpferd ihrer Europakritik gemacht.

Ob eine M5S-Lega-Regierung wirklich ein Referendum durchführen würde, bleibt abzuwarten. M5S und Lega täten gut daran, andere Prioritäten, die sich leichter umsetzen würden, umzusetzen. Aktuelle Umfragen weisen darauf hin, dass sich die italienischen Bürger am Ende für einen Verbleib in der Eurozone aussprechen würden.

Die Beziehungen zwischen Italien und Russland könnten sich durch die Regierungskonstellation M5S und Lega vermutlich ändern. Hier ist eine Annäherung möglich, denn sowohl M5S als auch die Lega pflegen intensive Kontakte zur russischen Regierung. Beide politischen Kräfte vertraten in der Vergangenheit pro-russische Positionen und fordern die Aufhebung der Russland-Sanktionen, da diese vor allem kleinen und mittelständischen italienischen Betrieben schaden würden. Hier erhofft sich die neue italienische Regierung in Zukunft womöglich eine privilegierte Mittlerfunktion zwischen der EU und Russland. Die NATO-Zugehörigkeit und die Bedeutung der Transatlantischen Beziehungen scheinen hingegen nicht mehr in Frage gestellt zu werden.

Bei dem Thema Migration muss man vermutlich mit einem neuen Kurs der italienischen Regierung rechnen. Hier geht es zukünftig stärker um die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die schnellere Abschiebung von Migranten, die sich nicht regulär im Land aufhalten. Dublin muss überarbeitet werden – so die Forderung – aber das ist nichts Neues und das fordert auch nicht nur Italien. Neu wäre hingegen, wie die M5S-Lega-Regierung die finanziellen Mittel ausgeben möchte: Prioritär für Ab-

schiebung und weniger für die Aufnahme der Migranten?

Was sich auf jeden Fall ändern würde ist der Ton: Salvini und Di Maio haben immer wieder darauf hingewiesen, dass sie sich von Europa nichts diktieren lassen – diesbezüglich werden sie ihre italienischen Wähler zumindest anfangs sicher befriedigen.

Auch beim Thema Verlässlichkeit von politischen Positionen wird sich möglicherweise einiges ändern. Bereits in den vergangenen Wochen kam es mehrmals zu grundlegenden Änderungen der Positionen – insbesondere bei M5S aber auch bei der Lega. Hier muss man sehen, wie man mit dieser politischen Unberechenbarkeit in Zukunft auf europäischer Ebene umgehen wird. Beide blicken in Europa weder zu Emanuel Macron, noch zu Angela Merkel. Referenzpunkte sind vor allem Marine Le Pen, die AfD oder Viktor Orban. Mit Blick auf die Europawahlen 2019 sollten die moderaten Kräfte in Europa daher schleunigst über eine überzeugende Strategie nachdenken.

Fazit

Die Regierungsbildung in Italien bleibt weiterhin spannend. Lega und M5S haben gezeigt, dass sie regieren wollen. Sie betonen beide die inhaltliche Auseinandersetzung zu unterschiedlichen Schlüsselthemen. Letztlich steht der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella weiterhin als Garant für eine stabile Regierungslösung. Er zeigt sich weiterhin geduldig – wohlwissend, dass Italien seiner Verantwortung nicht nur auf nationaler sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene nachkommen muss.